

Senioren Union **CDU** Newsletter

September 2026

Senioren-Union der CDU Deutschlands

Verantwortlich für den Inhalt nach § 18 Abs. 2 MStV:

Claus Bernhold, stellv. Bundesvorsitzender

Konrad-Adenauer-Haus

Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

Telefon: 030-22070445

Telefax: 030-22070449

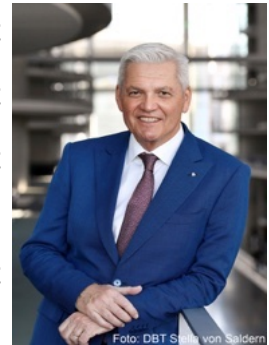
E-Mail: seniorenunion@cdu.de

www.senioren-union.de

Von diesem Newsletter können Sie sich [hier abmelden](#).

Liebe Mitglieder der Senioren-Union,
liebe Freundinnen und Freunde,

die Pflegeversicherung steht vor einer gewaltigen Herausforderung. Durch die Einführung der Pflegegrade und die Alterung der Gesellschaft haben sich die Zahl der Leistungsempfänger und Ausgaben der Pflegeversicherung mehr als verdoppelt. Die Zahl der Beitragszahler wächst nicht im gleichen Maß. Deshalb bin ich froh, dass die Bundesregierung mit dem Pflegeneuordnungsgesetz jetzt einen ersten wichtigen Schritt gemacht hat. Jetzt kommt es auf die richtigen Weichenstellungen an



Ich sehe in dem Gesetzentwurf durchaus viel Positives. Prävention und Rehabilitation werden gestärkt, die häusliche Pflege soll besser begleitet und bürokratische Hürden sollen abgebaut werden. Gerade die neue Pflegebegleitung und das Überbrückungsbudget können Familien helfen, wenn die Pflege zu Hause plötzlich an ihre Grenzen kommt. Auch der geplante „Check-up 60+“ ist ein richtiger Schritt: Unser Ziel muss sein, Pflegebedürftigkeit möglichst lange zu verhindern oder hinauszuzögern.

Besonders wichtig: Die häusliche Pflege durch Angehörige muss gestärkt und darf nicht zusätzlich belastet werden. Millionen Familien übernehmen Verantwortung und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass unsere Forderung, die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige weiterhin vollständig zu übernehmen, erfüllt wurde.

Gleichzeitig müssen wir bei der Finanzierung ehrlich sein. Die Pflegeversicherung kann nicht immer mehr gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernehmen, die eigentlich aus Steuern finanziert werden müssen. Der Bundesvorstand der Senioren-Union will deshalb erreichen, dass versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. Das würde die Beitragszahler langfristig entlasten und die Pflegeversicherung wieder stärker auf ihren eigentlichen Versicherungsauftrag konzentrieren.

Ein weiterer Punkt: Die Investitionskosten und die Ausbildungsabgabe stationärer Pflegeeinrichtungen müssen von den Ländern übernommen werden. Es kann nicht sein, dass Pflegebedürftige diese Kosten über immer höhere Eigenanteile mitfinanzieren müssen. Hier sind die Länder in der Verantwortung.

Auch der Pflegegrad 1 soll bestehen bleiben. Der Bundesvorstand der Senioren-Union hat sich klar dafür ausgesprochen, seine präventive Funktion zu erhalten. Kleine Hilfen können dazu beitragen, dass ältere Menschen länger selbstständig in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Wer Pflege verhindert, hilft nicht nur den Menschen, sondern entlastet langfristig auch die Pflegeversicherung.

Das vorliegende Gesetz ist deshalb ein wichtiger Anfang. Aber es darf nicht der Endpunkt der Reform sein. Die geplante Pflegestrukturkommission muss zügig arbeiten und bis Ende Januar 2027 konkrete Vorschläge vorlegen. Wir brauchen jetzt zeitnahe Entscheidungen, die die Pflege dauerhaft verlässlich und bezahlbar machen. Dabei darf die jetzt eingeschlagene Richtung nicht durch grundlegende oder umfassende Änderungen wieder infrage gestellt werden.

Eine gute Pflegepolitik wird den Menschen Sicherheit geben – den Pflegebedürftigen ebenso wie ihren Angehörigen und denjenigen, die heute Beiträge zahlen und morgen selbst auf Unterstützung angewiesen sein können. Wir haben als Senioren-Union gezeigt, dass unsere Anliegen gehört werden und wir werden auch die kommenden Beratungen entschlossen und konstruktiv mitgestalten.

Herzliche Grüße

Ihr

Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU

Senioren Union **CDU**

Präsent wie noch nie!

Die Senioren-Union ist in bundesweiten Medien präsent wie noch nie und gestaltet und prägt die deutsche Politik:





Mit den folgenden Stellungnahmen hat sich der Bundesvorstand der Senioren-Union zum Pflege neuordnungsgesetz an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewandt:

1. Der Pflegegrad 1 als frühzeitige präventive Unterstützung gering beeinträchtigter Menschen muss erhalten bleiben.

Begründung: Pflegegrad 1 verhindert Pflegebedürftigkeit. Bereits geringe Unterstützungsleistungen ermöglichen vielen älteren Menschen ein längeres selbstbestimmtes Leben in ihrem sozialen Umfeld.

Jeder vermiedene Wechsel in einen höheren Pflegegrad reduziert langfristig erhebliche Leistungsaufwendungen.

2. Die vorgesehenen Kürzungen der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige werden gestrichen.

Begründung: Pflegende Angehörige ersetzen professionelle Pflegeleistungen in Milliardenhöhe und entlasten die Pflegeversicherung erheblich.

Pflege durch Angehörige verdient Respekt, Anerkennung und eine verlässliche soziale Absicherung. Wer die tragende Säule unseres Pflegesystems schwächt, handelt kurzfristig und gefährdet die Zukunft der Pflege in Deutschland.

Kürzungen bei der Pflegerente sind ein Angriff auf die häusliche Pflege.

Pflegende Angehörige ersparen Staat, Pflegeversicherung und Sozialkassen jedes Jahr Milliardenbeträge. Ohne ihren Einsatz müssten deutlich mehr professionelle Pflegekräfte eingesetzt und zusätzliche stationäre Pflegeplätze finanziert werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten würden die jetzt geplanten Einsparungen bei weitem übersteigen.

Der Gesetzentwurf sendet mit diesem Vorhaben ein fatales Signal. Statt die häusliche Pflege zu schwächen, muss sie gestärkt werden. Denn wenn sich immer mehr Familien gezwungen sehen, professionelle Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen, werden die finanziellen Belastungen für die Pflegeversicherung weiter steigen.

3. Bei den bewilligten Pflegebedürftigkeitsgraden, bei denen eine Änderung des Pflegegrads möglich ist, soll in regelmäßigen Abständen eine Überprüfung erfolgen, ob die Pflegebedürftigkeit noch vorhanden ist. Bei lebenslangen Einschränkungen ist darauf zu verzichten.

Begründung: Es muss sichergestellt werden, dass Pflegebedürftige die notwendigen pflegerischen und unterstützenden Hilfen, entsprechend dem jeweiligen tatsächlichen Bedarfe erhalten. Darum ist es notwendig, bewilligte Leistungen in Abständen (24 Monaten) zu überprüfen. Hilfebedarfe können sich in jede Richtung verändern oder auch wegfallen, hier gibt es aber genau den Ansatz des Missbrauchs von Sozialleistungen, wenn keine Pflegebedürftigkeit mehr vorliegt, aber Leistungen weiterhin monatlich gezahlt werden.

(Die Texte wurden durch einen Arbeitskreis „Pflege“ mit den Mitgliedern Elisabeth Ball, Ellen Fährmann MdL, Sibilla Simons und Hans-Peter Pohl und Claus Bernhold erarbeitet.)

Senioren-Union fordert klare Haltung von SPD und Grünen

Hüppe: „Radikale Linke darf nicht an die Regierung in Berlin“

„Der Wahlsieg der Linken ist demokratisch zu respektieren. Er ist aber ebenso wie bei der AfD kein Freibrief für eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis“, erklärt Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU.



Die aktuellen Diskussionen über Vorgänge im Umfeld der Berliner Linken, darunter Berichte über Kontakte zum Clan-Milieu sowie Auseinandersetzungen über antisemitische Äußerungen und Positionen einzelner Mitglieder, müssten SPD und Grüne sehr ernst nehmen. Wer Brandmauern verniedlicht, aber dafür mit Judenhassern verhandelt, müsse mit breitem Widerstand rechnen, so Hüppe.

„Ich mache mir einzelne Vorwürfe nicht ungeprüft zu eigen. Aber wer mit der Linken regieren will, muss erklären, warum er die damit verbundenen politischen Risiken für vertretbar hält. Bei Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und dem Schutz jüdischen Lebens darf es keine Grauzonen geben.“

Hüppe warnt zugleich vor einer Schwächung von Polizei und Sicherheitsbehörden: „Berlin braucht einen starken Staat, der Recht durchsetzt und seine Bürger schützt. Gerade bei organisierter Kriminalität und wachsender Unsicherheit sind starke Polizei und Justiz unverzichtbar.“

Sein Appell an SPD und Grüne ist eindeutig: „Regierungsverantwortung ist mehr als eine rechnerische Mehrheit. Berlin braucht eine Regierung der demokratischen Mitte mit einem klaren Bekenntnis zu Rechtsstaat, Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Eine radikale Linke darf dafür nicht die politische Führung übernehmen.“

Clan-Chef Remmo, Hamas-Unterstützer, Antisemiten und gewaltbereite Antifa feierten gemeinsam den Linken-Wahlsieg in Berlin. Wollen Sozialdemokraten und Grüne, obwohl sie eine demokratische Alternative haben, dieser Partei wirklich die Hauptstadt übergeben?



Die aktuelle Ausgabe unseres Mitgliedermagazins „alt&jung“ lesen Sie [hier](#)





Teilhabe darf nicht am Digitalen scheitern

Die Senioren-Union der CDU unterstützt ausdrücklich die Ziele und Forderungen der BAGSO für eine „Teilhabe ohne digitale Barrieren“. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz bieten große Chancen für mehr Selbstständigkeit, Sicherheit und Lebensqualität – gerade auch für ältere Menschen. Digitale Angebote müssen deshalb weiterentwickelt und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden.

Gleichzeitig darf Digitalisierung nicht zum Zwang werden. Wer digitale Angebote nicht nutzen kann oder nicht nutzen möchte, darf dadurch weder ausgeschlossen noch benachteiligt werden. Persönliche, telefonische und schriftliche Zugänge müssen deshalb als gleichwertige Alternativen erhalten bleiben.

Die Senioren-Union unterstützt insbesondere die Forderung der BAGSO, dass wesentliche Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch analog erreichbar bleiben müssen – etwa bei Behörden, Gesundheit und Pflege, Banken, Post, Verkehr, Wohnen und Kultur. Digitale Angebote sollen analoge Möglichkeiten ergänzen, nicht ersetzen.

Besonders wichtig sind dabei persönliche Ansprechpartner, telefonische Erreichbarkeit, Papierformulare und Unterstützung vor Ort. Kommunen, Seniorenbüros und Seniorenvertretungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Zugleich müssen ältere Menschen, die den digitalen Weg gehen wollen, durch Digital-Lotsen, Lernorte und persönliche Begleitung unterstützt werden.

Für die Senioren-Union gehören digitale und analoge Teilhabe zusammen: Jeder Mensch soll selbst entscheiden können, welchen Weg er nutzt. Bund, Länder und Kommunen stehen in der Verantwortung, diese Wahlfreiheit dauerhaft zu gewährleisten und entsprechende Angebote verlässlich zu finanzieren.

Unser Ziel ist eine Digitalisierung, die Menschen verbindet und ihnen neue Möglichkeiten eröffnet – nicht eine Digitalisierung, die Menschen ausschließt.



Grafik KI-generiert

Am 3. September hat das führende Wirtschaftsinstitut ifo seine Herbst-Konjunkturprognose 2026 veröffentlicht. Das Institut der Universität München sagt eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 1,4% in 2026 nach 0% und 0,2% in 2025 voraus. Eine abstrakte Zahl, deren immense Bedeutung vielen Menschen nicht bewusst ist. Weiß man aber, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (der Wert von allen Waren und Dienstleistungen, die innerhalb Deutschlands erbracht werden) in 2025 rund 4 500 000 000 000 Euro (4,5 Billionen Euro) betrug, dann sind 1,4 Prozent eine sehr große Zahl, nämlich ein Wachstum von 63 Milliarden Euro.

Die Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) macht Deutschland im Übrigen weltweit nach USA und China zur drittgrößten Volkswirtschaft.

Das Wachstum ist ein deutliches Signal: Es beinhaltet bessere Chancen auf neue Arbeitsplätze und langfristig bessere Voraussetzungen für steigende Einkommen und Wohlstand.

Es werden Möglichkeiten einer deutlich sinkenden Arbeitslosigkeit eröffnet. Das prognostizierende Wirtschaftsinstitut ifo nimmt an, dass sich die Arbeitslosenquote in den kommenden Jahren mittelfristig wieder von jetzt 6,3% in Richtung 5% bewegen kann. Das würde bedeuten, dass rund 600 000 Menschen zusätzlich wieder Arbeit finden könnten.

Zum Vergleich: Der Zuwachs entspricht der Gesamtzahl von Menschen, die 2022 in der Millionenstadt Köln in Beschäftigung waren. (605 000 Personen)

Kurzfristig soll die Zahl der Erwerbstätigen in 2027 um 77 000, in 2028 um 174 000 Personen ansteigen

Die Erholung der Wirtschaft setzt sich fort, ein Erfolg der CDU geführten Bundesregierung. Fakten, die zählen.

Dr. Dieter Braun, Bundesschatzmeister der Senioren-Union

Frieden braucht Sicherheit und Stärke

Sicherheitspolitische Lagebeurteilung anlässlich der Bundesvorstandssitzung der Senioren-Union am 8./9. September 2029

Claus Bernhold, stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union

Europa steht vor einer neuen sicherheitspolitischen Realität. Der Krieg in der Ukraine, Sabotage und Cyberangriffe zeigen: Sicherheit ist nicht mehr selbstverständlich. Deutschland muss deshalb seine Verteidigungsfähigkeit stärken – aber ebenso den Schutz seiner Bevölkerung.

Das bedeutet nicht, in Angst zu leben. Es bedeutet, Verantwortung zu übernehmen und Vorsorge zu treffen.

Russland ist und bleibt eine ernsthafte Gefahr

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die Friedensordnung Europas erschüttert. Russland setzt dabei nicht nur militärische Gewalt ein. Cyberangriffe, Spionage, Sabotage und Desinformation gehören inzwischen ebenfalls zum Vorgehen.

Auch Deutschland ist davon betroffen sein. Strom- und Kommunikationsnetze, Bahnstrecken, Häfen oder andere wichtige Einrichtungen müssen besser geschützt werden.

Sicherheit bedeutet deshalb heute mehr als Bundeswehr und NATO. Ein Land muss auch in einer Krise funktionieren und seine Bürger schützen können.

Keine Panik – aber keine Illusionen

Ein unmittelbarer russischer Angriff auf Deutschland oder einen anderen NATO-Staat ist derzeit nicht zu vermuten. Das ist aber kein Grund zur Sorglosigkeit.

Die NATO muss geschlossen und glaubwürdig handlungsfähig bleiben. Deutschland muss dabei mehr Verantwortung übernehmen.

Die Bundeswehr richtet sich deshalb stärker auf ihre wichtigste Aufgabe aus: die Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten. Dafür braucht sie einsatzbereite Soldatinnen und Soldaten, eine starke Reserve, moderne Ausrüstung und ausreichende Vorräte.

Gleichzeitig muss sie neue Technologien schneller nutzen. Innovationen aus der Bundeswehr, Forschung und Wirtschaft müssen enger zusammengebracht werden. Und Deutschland muss seine Fähigkeiten gemeinsam mit seinen europäischen Partnern weiterentwickeln.

Die Ukraine verteidigt auch unsere Sicherheit

Die Ukraine kämpft um ihre Freiheit und ihre staatliche Existenz. Zugleich verteidigt sie einen Grundsatz, der für ganz Europa gilt: Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden.

Deshalb liegt die Unterstützung der Ukraine auch in unserem Interesse. Ziel muss ein gerechter und dauerhafter Frieden sein, bei dem die Ukraine selbst über ihre Zukunft entscheiden kann.

Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen

Die USA bleiben ein unverzichtbarer Partner. Gleichzeitig muss Europa stärker für die eigene Sicherheit sorgen. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung.

Dazu gehören eine leistungsfähige Bundeswehr, ein starker Bevölkerungsschutz und der Schutz unserer kritischen Infrastruktur. Es reicht nicht, dafür mehr Geld bereitzustellen. Entscheidend ist, dass daraus schnell mehr Sicherheit und konkrete Handlungsfähigkeit entstehen.

Die Zeitenwende muss auch beim Bevölkerungsschutz ankommen

Besonders große Sorgen bereitet der Senioren-Union der Zustand des Zivil- und Bevölkerungsschutzes.

Während milliardenschwere Investitionen in die militärische Verteidigung vorgenommen werden, bleibt der Schutz der Zivilbevölkerung im Krisenfall weitgehend unberücksichtigt. Diese Vernachlässigung gefährdet insbesondere verletzte Menschen wie Senioren, Kinder oder Kranke – und damit auch die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens.

Es fehlt an Schutzräumen, Notunterkünften und ausreichenden Vorräten an Lebensmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln. Auch der Zivil- und Katastrophenschutz ist vielerorts chronisch unterfinanziert. Die freiwilligen Helferinnen und Helfer brauchen mehr Unterstützung und Anerkennung.

Die Zeitenwende darf nicht auf die Bundeswehr beschränkt bleiben. Wir müssen uns militärisch und zivil auf Krisen vorbereiten. Bevölkerungsschutz ist keine Nebensache, sondern eine staatliche Pflicht.

Gerade ältere Menschen und andere besonders Schutzbedürftige dürfen im Krisenfall nicht sich selbst überlassen werden.

Unsere politische Botschaft

Wir wollen keinen Krieg. Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkelkinder in Frieden und Freiheit leben können.

Deshalb müssen wir aus der Vergangenheit lernen und die Gegenwart ernst nehmen.

Ein starkes Deutschland in einem starken Europa, eine handlungsfähige NATO und ein verlässlicher Bevölkerungsschutz sind keine Politik der Angst. Sie sind Politik der Vernunft und der Verantwortung.

Denn Frieden bewahrt man nicht, indem man Gefahren verdrängt. Frieden sichert man durch Vorsorge, Zusammenhalt und die glaubwürdige Fähigkeit, sich und seine Freiheit zu schützen.

Stärke ist kein Gegensatz zum Frieden. Sie ist heute eine seiner wichtigsten Voraussetzungen.

Hubert Hüppe zum Weltseniorentag 2026: Alter ist Zukunft

Zum Weltseniorentag am 1. Oktober 2026 ruft die Senioren-Union der CDU dazu auf, die ältere Generation stärker als aktiven und unverzichtbaren Teil unserer Gesellschaft wahrzunehmen und zu begreifen. Nicht ohne Grund stehe dieser besondere Gedenktag der Vereinten Nationen für Anerkennung, Teilhabe und die Rechte älterer Menschen.



„Ältere Menschen sind kein Problem, das unsere Gesellschaft lösen muss. Sie sind ein wichtiger Teil der Lösung für die Herausforderungen unserer Zeit. Ihre Lebenserfahrung, ihr Engagement und ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, sind große Werte für unser Land“, erklärt der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Hubert Hüppe.

Die Senioren-Union fordert zugleich, dass bei Erarbeitung der entsprechenden UN-Konvention insbesondere Ältere als Experten in eigener Sache maßgeblich beteiligt werden. Deutschland soll sich zudem aktiv in die entsprechenden Verhandlungen in Genf einbringen. Neben den europäischen Staaten sind auch die zuständigen UN-Gremien gefordert, die internationalen Prozesse zur Stärkung der Rechte Älterer voranzutreiben. Dazu gehörten vor allem verlässlicher Schutz vor Altersdiskriminierung, generationengerechte Alterssicherung, bessere Unterstützung pflegender Angehöriger und digitale Beteiligung ohne digitalen Zwang.

„Gute Seniorenpolitik ist keine Einbahnstraße, sondern immer auch gute Generationenpolitik: Jung und Alt stehen nicht gegeneinander, sondern sind aufeinander angewiesen. Generationensolidarität bedeutet, Verantwortung füreinander zu übernehmen – in beide Richtungen“, betont Hüppe.

Senioren-Union Thüringen: Engagierte Debatte im Augustinerkloster



Im Mittelpunkt der Landesdelegiertentagung der Senioren-Union Thüringen standen die routinemäßigen Neuwahlen des Landesvorstandes. Besonderer Gast war der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Hubert Hüppe. Im historischen Augustinerkloster in Erfurt machte Hüppe in seiner Grundsatzrede deutlich: Die Stimme der älteren Generation muss innerhalb der CDU genauso ernst genommen werden wie die der jüngeren. Die Senioren-Union bringe politische Erfahrung, Sachkenntnis und die Lebenserfahrung vieler Generationen ein. Diese Perspektive sei für eine Volkspartei unverzichtbar.

Besonders hob er das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen hervor. Ob in Vereinen, Verbänden, Kommunen oder im sozialen Bereich: Ohne den Einsatz vieler Seniorinnen und Senioren wäre gesellschaftliches Leben an vielen Stellen nicht denkbar. Dieses Engagement verdiene deutlich mehr Anerkennung und Wertschätzung.

Intensiv diskutiert wurden auch die aktuellen politischen Ereignisse – von den jüngsten Wahlergebnissen über Reformen zu Pflege und Rente bis hin zu Migration und dem Umgang mit politischen Radikalisierungstendenzen. Hüppe plädierte für selbstbewusste politische Auseinandersetzung, klare Haltung und konsequente Durchsetzung von Beschlüssen und Vereinbarungen. Die Delegierten dankten Hubert Hüppe für seine klare und engagierte Rede mit langanhaltendem Applaus. Zahlreiche Teilnehmer nutzten anschließend die Gelegenheit zum persönlichen Austausch.



Hüppe: „Statt lange über Personen zu reden, ist es besser zu handeln, aber auch so, dass man eine christdemokratische Handschrift erkennen kann. Dass die Landes-CDU in Thüringen die Senioren Union ernst nimmt, konnte ich an der Anwesenheit des Fraktionsvorsitzenden im thüringischen Landtag, Andreas Bühl MdL und des Generalsekretärs, Niklas Waßmann MdL erkennen, die sich viel Zeit genommen hatten. Auch über das Treffen mit der Landesvorsitzenden der Frauen Union, Marion Rosin, habe ich mich gefreut. Sie hatte genauso wie ich, deutlich gegen die Leihmutterschaft und den Kauf von Kindern früh Stellung bezogen.“

Die enge Einbindung der Senioren-Union in die Thüringer CDU zeigte sich auch darin, dass die Vorsitzenden fast aller Vereinigungen der CDU Thüringen vertreten waren.



Bei den Vorstandswahlen wurde Rolf Berend einstimmig als Landesvorsitzender wiedergewählt, zu seinen Stellvertretern Beate Bock, Reinhard Stehfest und Siegfried Wetzels. Damit setzten die Delegierten ein deutliches Zeichen des Vertrauens und schufen eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Die Tagung im Erfurter Augustinerkloster machte deutlich: Die Senioren-Union Thüringen ist politisch engagiert, gut vernetzt und bereit, die Interessen der älteren Generation innerhalb der CDU selbstbewusst zu vertreten.



Kommunalwahlkampf in Niedersachsen

Bundesvorsitzender Hubert Hüppe unterstützt die Kreisvereinigung der Senioren-Union Osterholz in Grasberg und macht deutlich, dass nach der Wahl in Sachsen-Anhalt die CDU wieder zu ihren Grundsätzen im Bereich Innere Sicherheit, Wirtschaft, Haushaltskonsolidierung und Migration zurückkehren muss.



Vor Ort: Bei der Senioren-Union Menden im Märkischen Kreis

Vor den Mitgliedern der Kreisvereinigung sprach Hubert Hüppe über die Arbeit des Bundesverbandes und die aktuelle Politik. Ein spannender Morgen mit einer angeregten Diskussion. Im Hinblick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr waren sich alle einig, dass eine Zusammenarbeit mit der immer radikaler werdenden Linken genauso wenig in Frage kommt wie mit der AfD. Die wachsende Bedeutung der Senioren-Union in der deutschen Politik wurde sehr positiv zur Kenntnis genommen und als wichtig unterstrichen.

Ein Tag auf der Gamescom in Köln

Bundvorsitzender Hüppe auf Einladung mit den Bezirksvorsitzenden aus der Jungen Union, Cliff Okoro und Max Reinberger, auf neuem Terrain unterwegs



Mal etwas ganz anderes und ein kleiner Einblick in eine bis dato fast unbekannte Welt.

Ein wirklich umfassender Rundgang mit vielen Informationen, total interessant und vielfältig. Echte Bagger, viele verschiedene elektronische Spiele, blinkende Lichter und fantasievolle Verkleidungen von Besuchern.

„Ein barrierefreies Spiel, das ich nur mit den Augen beeinflussen konnte, fand ich besonders spannend und ich habe nicht schlecht abgeschnitten“, sagt Hüppe:

Das „Grandma88“ Spiel, was Jugendlichen u.a. die furchtbare Geschichte der Massenvernichtung von Menschen mit Behinderungen näherbringen soll, zeigt mir, dass diese Spiele mehr können, als nur Zeit totschiessen.

Zusammen mit dem Landesvorstandsmitglied der Senioren-Union NRW, Gerd Josman, hat es Spaß gemacht mit den jungen Leuten zu diskutieren. Wir haben gleich weitere gemeinsame Treffen ins Auge gefasst. Vielen Dank an die vielen Mitglieder der Jungen Union, aber auch an die Leute der Ausstellung, die sich so viel Mühe gegeben haben, um uns in die Welt der elektronischen Spiele eintauchen zu lassen.

Volles Haus auf Schloss Stetten

Hubert Hüppe: „Die Senioren-Union wird noch politischer werden“



Vor der eindrucksvollen Kulisse von Schloss Stetten konnte der Bezirksvorsitzende der Senioren-Union Nordwürttemberg, Peter Grab, zahlreiche Mitglieder und Gäste zu einer gut besuchten Veranstaltung begrüßen. Ein engagiertes Grußwort sprach der Hausherr, Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, der die Gäste auf seinem Schloss willkommen hieß und das Wirken und den Einsatz der Senioren-Union für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte würdigte.

Im Mittelpunkt des Nachmittags stand der Bundesvorsitzende der Senioren-Union Deutschlands, Hubert Hüppe, der unter dem Motto „Stark im Alter – Gemeinsam Zukunft gestalten“ einen umfassenden Überblick über die aktuellen politischen Schwerpunkte der Senioren-Union gab.

Gleich zu Beginn machte Hüppe deutlich, wohin der Kurs der Senioren-Union führen soll: „Wir werden noch politischer werden.“ Die Senioren-Union habe sich im vergangenen Jahr innerhalb der CDU als starke und verlässliche Stimme etabliert. „Unsere Positionen werden zunehmend wahrgenommen und ernst genommen. Das zeigen u.a. die zahlreichen erfolgreichen Anträge der Senioren-Union auf dem Bundesparteitag der CDU“, so Hüppe unter Beifall der Zuhörerschaft.

Mit großer Deutlichkeit sprach sich Hüppe gegen jede Form von Antisemitismus aus. Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit verpflichte auch heute zum Handeln. Das Versprechen „Nie wieder ist jetzt“ dürfe sich niemals als „Wieder ist jetzt“ bewahrheiten.

Einen Schwerpunkt seines Vortrags bildeten Stellungnahmen zu den aktuellen Reformvorhaben der Bundesregierung. Hüppe begrüßte den Abschlussbericht der Rentenkommission ausdrücklich. Viele der Empfehlungen deckten sich mit langjährigen Beschlüssen der Senioren-Union und seien eine gute Grundlage für eine generationengerechte Reform.

Besonders wichtig sei die Anerkennung der Lebensleistung. Wer jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet habe, müsse im Alter deutlich bessergestellt sein als jemand, der keine oder nur geringe Beiträge gezahlt habe. Menschen mit 45 oder mehr Arbeitsjahren dürften nicht nahezu auf dem Niveau der Grundsicherung leben.

In der lebhaften Diskussion griffen die Teilnehmer zahlreiche aktuelle Themen auf und nutzten die Gelegenheit zum Austausch mit dem Bundesvorsitzenden. Die große Resonanz und die engagierten Beiträge machten deutlich: Die Senioren-Union ist eine starke politische Stimme für die ältere Generation – und sie wird künftig noch deutlicher Position beziehen.

Demokratie ist nicht selbstverständlich

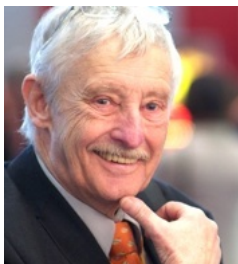
Zum Internationalen Tag der Demokratie am 15. September hat die Senioren-Union dazu aufgerufen, Freiheit und Demokratie gemeinsam zu stärken.

Gerade die ältere Generation weiß aus eigener Erfahrung, dass Freiheit, freie Wahlen und demokratische Grundrechte keine Selbstverständlichkeit sind. Deutschland hat zwei Diktaturen erlebt. Deshalb müssen wir unsere Demokratie heute mit Überzeugung verteidigen und zugleich jeden Tag neu mit Leben erfüllen.

„Demokratie lebt von der Mitte unserer Gesellschaft – von den Menschen, die Verantwortung übernehmen, sich engagieren und unser Gemeinwesen tragen. Wir müssen insbesondere das Ehrenamt stärken, denn dort wird Demokratie tagtäglich konkret gelebt“, erklärt der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Hubert Hüppe.

Die Senioren-Union sieht deshalb Vereine, Ehrenamt, Feuerwehren, Kirchen und bürgerschaftliche Initiativen als unverzichtbare Säulen unserer Demokratie. Staatliche Demokratieförderung sollte dieses Engagement stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Demokratie beginnt vor Ort: miteinander reden, Verantwortung übernehmen und füreinander eintreten. Dafür steht die Senioren-Union.



Zu guter Letzt....

Die Strandkorb-Affäre

Deutschland hat wahrlich genug zu tun: Die Wirtschaft muss wieder in Schwung kommen, Pflege und Rente brauchen Reformen, die Kommunen kämpfen mit ihren Finanzen und die Menschen sorgen sich um Sicherheit und steigende Kosten. Alles schwierig genug, aber zum Glück gibt es noch den Strandkorb!

Die „Strandkorb-Affäre“ hat uns dahingehend beruhigt, dass sich die Medien der Republik auch in schwierigen Zeiten zuverlässig mit den ganz großen Fragen beschäftigen: Wo steht wessen Strandkorb - und vor allem: Ist das zulässig und politisch korrekt?

Man könnte fast meinen, wir hätten sonst keine Sorgen.

Dabei können wir Älteren gelassen bleiben. Wir wissen schließlich: Ein guter Strandkorb hat drei entscheidende Eigenschaften – er steht fest, bietet Schutz vor Sturm und Wind und lässt sich nicht so leicht umkippen.

Aber wissen das die anderen auch, fragt sich Claus Bernhold